

329633-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Planungsleistungen Rückkühlwerke

OJ S 92/2026 13/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Klinikum St. Marien Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

E-Mail: vergabestelle2023@lexton.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen Rückkühlwerke

Beschreibung: Der AG ist ein Krankenhaus der Versorgungsstufe II mit 535 Betten, 20 teilstationären Plätzen, 18 Fachabteilungen und vier Belegabteilungen. Die Rückkühlwerke stehen derzeit im Flachdachbereich der Ebene 3 bei Innenhof 3. Sie sind nicht Bestandteil der vorgenannten Baumaßnahme ZOP, weshalb die separate, öffentlich geförderte Kontingentmaßnahme initiiert wurde. Für den laufend steigenden Kühlleistungsbedarfs reicht diese Aufstellfläche nicht mehr für die Ergänzungs- und altersbedingten Ersatzbeschaffungen aus, sodass über der benachbarten Technikzentrale ein Stahlpodest auf dem flachgeneigten Satteldachbereich (Ebene 4) errichtet werden soll und die Rückkühlwerke dort installiert werden sollen. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das Klinikum, die für das Vorhaben erforderlichen Planungsleistungen an leistungsfähige und fachkundige (geeignetes) Unternehmen zu vergeben.

Kennung des Verfahrens: 962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8

Interne Kennung: RKW_2026_03

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Amberg, Kreisfreie Stadt (DE231)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Sofern mehr als fünf Bewerber mit Ihren Teilnahmeanträgen den Nachweis für ihre Eignung erbringen, wird der AG lediglich die fünf geeignetsten Bewerber zur Angebotsabgabe auffordern. Alle weniger geeigneten Bewerber scheiden nach dem Teilnahmewettbewerb aus dem Verfahren aus. Die Ermittlung der geeignetsten Bewerber erfolgt wie nachstehend beschrieben: Bei Ermittlung der geeignetsten Bewerber prüft der Auftraggeber die Referenzangaben der Bewerber. Die Zahl der benennbaren Referenzen wird nicht beschränkt. Im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ sind Bewerber aufgefordert zu ihren Referenzen • allgemeine Angaben (Referenzgeber; Kontaktdaten beim Referenzgeber; Kurzbeschreibung des geplanten Bauvorhabens), • Angaben zu den Mindestanforderungen (Grundleistungen im losspezifisch betroffenen Leistungsbild über die Leistungsphasen 4 bis 8; Leistungen der Leistungsphase 8 vor weniger als 7 Jahren vor dem Datum der Auftragsbekanntmachung abgenommen; Planungsleistungen im laufenden Gebäudebetrieb) und • Angaben zur Ermittlung der geeignetsten Bewerber (Planungsleistungen betreffend Bauvorhaben eines Klinikbetreibers; Planungsleistungen inkl. koordinierender Abstimmungen mit Planungsbeteiligten eines parallellaufenden Vorhabens am selben Baukörper) zu machen. Sofern mehr als die vorgegebene Zahl an Bewerbern die Mindestanforderungen an die Eignung erfüllen, erfolgt eine Auswahl der fünf geeignetsten Bewerber nach folgender Methodik: Auf erster Stufe erhalten Bewerber pro Referenz, welche die Mindestanforderungen erfüllen, einen „Eignungspunkt“. Auf zweiter Stufe berücksichtigt der Auftraggeber nur noch die Referenzen der Bewerber, welche die Mindestanforderungen erfüllen und prüft, ob die zusätzlichen Referenzanforderungen für die Ermittlung der geeignetsten Bewerber erfüllt sind. Je erfüllter zusätzlicher Referenzanforderung erhält der betreffende Bewerber einen weiteren Punkt. Pro Referenz können die Bewerber auf diese Weise bis zu drei Eignungspunkte erzielen. Die fünf Bewerber, welche nach vorstehender Methodik die meisten Eignungspunkte sammeln, sind die geeignetsten Bewerber und werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 3

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 3

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Hauptbereich

Beschreibung: Der AG ist ein Krankenhaus der Versorgungsstufe II mit 535 Betten, 20 teilstationären Plätzen, 18 Fachabteilungen und vier Belegabteilungen. In den vernetzten medizinischen Zentren widmen sich Spezialisten der unterschiedlichen Fachrichtungen der Diagnostik und Behandlung von speziellen Krankheitsbildern (z.B. Tumor- und Gefäßerkrankungen). Im angegliederten Gesundheitszentrum St. Marien können sich Patienten ambulant behandeln und beraten lassen. Das differenzierte und hochspezialisierte Leistungsspektrum wird „unter einem Dach“ und in enger Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Klinikums und den niedergelassenen Ärzten der Region angeboten. Als akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Regensburg ist das Klinikum St. Marien Amberg aktiv in der medizinischen Ausbildung engagiert. Die Technikebene im 3. Obergeschoss des Zentralbaus (D-Bau) wurde Anfang der 1990er Jahre errichtet und wird derzeit im Rahmen der mehrjährigen Baumaßnahme zur Erweiterung und Strukturverbesserung des zentralen OP-Bereichs umgebaut und erweitert. Die bestehende Kälteanlage mit einer bisherigen Gesamtkälteleistung von 1.260 kW besteht aus folgenden Komponenten: • Kältemaschine 1: Fabr. AKÜ, 320 kW Kälteleistung (Baujahr 1990) Ein Rückkühlwerk auf Flachdach über Zentral-OP (Baujahr 1990) • Kältemaschine 2: Fabr. Carrier, 620 kW Kälteleistung (seit 2016 in Betrieb) Zwei Rückkühlwerke auf Flachdach über Zentral-OP (seit 2016 in Betrieb) • Absorptionskältemaschine: 320 kW Kälteleistung Ein Rückkühlwerk auf Flachdach über Heizhaus In den Sommermonaten kann mit diesen Anlagen die notwendige Kühlleistung im Bestand nicht mehr sicher gewährleistet werden. Eine Erweiterung der Anlage ist daher für den Bestand zwingend erforderlich, zumal derzeit keinerlei Redundanz vorhanden ist. Die Rückkühlwerke stehen derzeit im Flachdachbereich der Ebene 3 bei Innenhof 3. Sie sind nicht Bestandteil der vorgenannten Baumaßnahme ZOP, weshalb die separate, öffentlich geförderte Kontingentmaßnahme initiiert wurde. Für den laufend steigenden Kühlleistungsbedarfs reicht diese Aufstellfläche nicht mehr für die Ergänzungs- und altersbedingten Ersatzbeschaffungen aus, sodass über der benachbarten Technikzentrale ein Stahlpodest auf dem flachgeneigten Satteldachbereich (Ebene 4) errichtet werden soll und die Rückkühlwerke dort installiert werden sollen. Die Maßnahme findet während des uneingeschränkten Regelbetriebs des Klinikums statt. Der Ersatz und Umschluss der Rückkühlwerke muss daher Schritt für Schritt erfolgen. Die Maßnahme zur Erweiterung und Strukturverbesserung der zentralen Kälteanlage umfasst folgende bauliche und technische Maßnahmen: • Bau eines Stahlpodestes auf dem mittleren Dachabschnitt der bestehenden Technikräume des Zentral-OP-Bereichs • Austausch der Kältemaschine 1 (Fabr. AKÜ 320 kW) gegen eine Kältemaschine mit 630 kW Kälteleistung • Beschaffung und Einbau

zweier neuer Rückkühlwerke mit insgesamt 830 kW Rückkühlleistung auf dem Stahlpodest einschließlich der Schaffung der notwendigen Anschlüsse (Rückkühlleistung und Elektroverkabelung) • Umsetzen der vorhanden beiden Rückkühlwerke vom Flachdach auf das neu zu schaffende Podest; einschließlich der Schaffung der notwendigen neuen Anschlüsse (Rückkühlleitungen und Elektroverkabelung) • Demontage des bestehenden Rückkühlwerks für Kältemaschine 1 • Die neue Kältemaschine 1 wird in diesem Zuge mit Kältemittel R515b ausgeführt, das den Anforderungen der AMEV Kälte 2017 entspricht. Hieraus ergeben sich in der Planung die nachfolgenden Forderungen für die haus-technischen Anlagen: Nachfolgende Forderungen für die haustechnischen Anlagen sind bei Leistungserbringung zu beachten: • Gewährleistung von betriebssicherer und wartungsfreundlicher Haustechnik durch ausreichende Zugänglichkeit an Anlagen und Bedienungselementen. • Die geplanten haustechnischen Anlagen entsprechen dem Stand der Technik und sind so gestaltet, dass sie aufgrund des technischen Fortschrittes bzw. bei Nutzungsänderungen den Entwicklungen angepasst werden können. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das Klinikum, die für das Vorhaben erforderlichen Planungsleistungen an leistungsfähige und fachkundige (geeignetes) Unternehmen zu vergeben. Details der Leistungserbringung sind den weiteren Vergabeunterlagen, insbesondere den Verträgen für die einzelnen Lose, der Vorhabenbeschreibung und den Leistungsbeschreibungen zu entnehmen.

Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Amberg, Kreisfreie Stadt (DE231)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 12 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Es handelt sich um Planungsleistungen, die stufenweise abgerufen werden sollen. In der Vertragsstufe 2 sind die Leistungen der LPH 5 bis 9 gebündelt. Der Vertrag endet - sofern die Vertragsstufe 2 abgerufen wird - mit Abschluss der Leistungen in LPH 9.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Die Bewerber / Bieter verpflichten sich für den Zuschlagsfall, ihre Leistungen unter Beachtung der LkSG-Grundsatzerklärung des Auftraggebers zu erbringen.

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit Abgabe des Teilnahmeantrages ist ein aktueller (nicht älter als 12 Monate vor dem Datum der EU-Bekanntmachung dieses Vergabeverfahrens) Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister, der Nachweis einer vergleichbaren Eintragung vorzulegen. Sofern und soweit der Bewerber / Bieter nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist, hat derselbe dies in dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ zu erklären und einen alternativen Nachweis für die Erlaubnis zur Berufsausübung vorzulegen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen einen bestimmten spezifischen Mindestjahresumsatz nachweisen: Bewerber / Bieter müssen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einen durchschnittlichen Jahresumsatz in Höhe von - Los 1: EUR 300.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild Objektplanung; - Los 2: EUR 75.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild der Technischen Ausrüstung gem, § 53 Abs. 2 Nr. 4 HOAI; - Los 3: EUR 325.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild der Technischen Ausrüstung gem. § 53 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 3 HOAI nachweisen. Für die Ermittlung des durchschnittlichen Umsatzes werden die Umsätze aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren addiert und durch den Quotient 3 geteilt. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV).
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in bestimmter geeigneter Höhe nachweisen: Es ist eine Versicherung mit Deckungssummen von EUR 2.500.000,00 für Personenschäden sowie in Höhe von EUR 1.000.000,00 für Sach- und Vermögensschäden pro Schadensfall, maximiert auf das Zweifache pro Versicherungsjahr für den Zuschlagsfall und über die gesamte

Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber / Bieter müssen nachweisen, dass sie in der Vergangenheit in mindestens drei Fällen vergleichbare Leistungen erbracht haben. Von vergleichbaren Leistungen ist auszugehen, wenn • die Referenzleistungen mindestens die Grundleistungen der Leistungsphasen 4 bis 8 gem. (nur für Los 1:) Anlage 10 zur HOAI / (für Los 2 und Los 3:) Anlage 15 zur HOAI erbracht wurden, • die Leistungen der Leistungsphase 8 innerhalb der letzten sieben Jahre vor dem Datum der Auftragsbekanntmachung abgenommen wurden und • die Referenzleistungen im laufenden Gebäudebetrieb erbracht wurden. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Supply-Chain-Management

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen sich dazu erklären, ob sie in den Anwendungsbereich des LkSG fallen und daraus erwachsende Pflichten vollständig erfüllen. Zudem haben sich die Bieter zur Einhaltung der Lieferkettenstandards gem. LkSG-

Grundsatzerklärung des Auftraggebers zu verpflichten. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 24/06/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/06/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei. Die Nachforderungsmöglichkeiten des Auftraggebers richten sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Ausführungsbedingungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern bei der Regierung von Mittelfranken

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf Einleitung eines

Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten

Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und

gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber

gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers,

einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Klinikum

St. Marien Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Klinikum St. Marien Anstalt des

öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Los 2 - ELT

Beschreibung: Der AG ist ein Krankenhaus der Versorgungsstufe II mit 535 Betten, 20

teilstationären Plätzen, 18 Fachabteilungen und vier Belegabteilungen. In den vernetzten

medizinischen Zentren widmen sich Spezialisten der unterschiedlichen Fachrichtungen der

Diagnostik und Behandlung von speziellen Krankheitsbildern (z.B. Tumor- und

Gefäßerkrankungen). Im angegliederten Gesundheitszentrum St. Marien können sich

Patienten ambulant behandeln und beraten lassen. Das differenzierte und hochspezialisierte

Leistungsspektrum wird „unter einem Dach“ und in enger Zusammenarbeit mit den

Fachabteilungen des Klinikums und den niedergelassenen Ärzten der Region angeboten. Als

akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Regensburg ist das Klinikum St. Marien Amberg aktiv in der medizinischen Ausbildung engagiert. Die Technikebene im 3. Obergeschoss des Zentralbaus (D-Bau) wurde Anfang der 1990er Jahre errichtet und wird derzeit im Rahmen der mehrjährigen Baumaßnahme zur Erweiterung und Strukturverbesserung des zentralen OP-Bereichs umgebaut und erweitert. Die bestehende Kälteanlage mit einer bisherigen Gesamtkälteleistung von 1.260 kW besteht aus folgenden Komponenten: • Kältemaschine 1: Fabr. AKÜ, 320 kW Kälteleistung (Baujahr 1990) Ein Rückkühlwerk auf Flachdach über Zentral-OP (Baujahr 1990) • Kältemaschine 2: Fabr. Carrier, 620 kW Kälteleistung (seit 2016 in Betrieb) Zwei Rückkühlwerke auf Flachdach über Zentral-OP (seit 2016 in Betrieb) • Absorptionskältemaschine: 320 kW Kälteleistung Ein Rückkühlwerk auf Flachdach über Heizhaus In den Sommermonaten kann mit diesen Anlagen die notwendige Kühlleistung im Bestand nicht mehr sicher gewährleistet werden. Eine Erweiterung der Anlage ist daher für den Bestand zwingend erforderlich, zumal derzeit keinerlei Redundanz vorhanden ist. Die Rückkühlwerke stehen derzeit im Flachdachbereich der Ebene 3 bei Innenhof 3. Sie sind nicht Bestandteil der vorgenannten Baumaßnahme ZOP, weshalb die separate, öffentlich geförderte Kontingentmaßnahme initiiert wurde. Für den laufend steigenden Kühlleistungsbedarfs reicht diese Aufstellfläche nicht mehr für die Ergänzungs- und altersbedingten Ersatzbeschaffungen aus, sodass über der benachbarten Technikzentrale ein Stahlpodest auf dem flachgeneigten Satteldachbereich (Ebene 4) errichtet werden soll und die Rückkühlwerke dort installiert werden sollen. Die Maßnahme findet während des uneingeschränkten Regelbetriebs des Klinikums statt. Der Ersatz und Umschluss der Rückkühlwerke muss daher Schritt für Schritt erfolgen. Die Maßnahme zur Erweiterung und Strukturverbesserung der zentralen Kälteanlage umfasst folgende bauliche und technische Maßnahmen: • Bau eines Stahlpodestes auf dem mittleren Dachabschnitt der bestehenden Technikräume des Zentral-OP-Bereichs • Austausch der Kältemaschine 1 (Fabr. AKÜ 320 kW) gegen eine Kältemaschine mit 630 kW Kälteleistung • Beschaffung und Einbau zweier neuer Rückkühlwerke mit insgesamt 830 kW Rückkühlleistung auf dem Stahlpodest einschließlich der Schaffung der notwendigen Anschlüsse (Rückkühlleistung und Elektroverkabelung) • Umsetzen der vorhanden beiden Rückkühlwerke vom Flachdach auf das neu zu schaffende Podest; einschließlich der Schaffung der notwendigen neuen Anschlüsse (Rückkühlleitungen und Elektroverkabelung) • Demontage des bestehenden Rückkühlwerks für Kältemaschine 1 • Die neue Kältemaschine 1 wird in diesem Zuge mit Kältemittel R515b ausgeführt, das den Anforderungen der AMEV Kälte 2017 entspricht. Hieraus ergeben sich in der Planung die nachfolgenden Forderungen für die haus-technischen Anlagen: Nachfolgende Forderungen für die haustechnischen Anlagen sind bei Leistungserbringung zu beachten: • Gewährleistung von betriebssicherer und wartungsfreundlicher Haustechnik durch ausreichende Zugänglichkeit an Anlagen und Bedienungselementen. • Die geplanten haustechnischen Anlagen entsprechen dem Stand der Technik und sind so gestaltet, dass sie aufgrund des technischen Fortschrittes bzw. bei Nutzungsänderungen den Entwicklungen angepasst werden können. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das Klinikum, die für das Vorhaben erforderlichen Planungsleistungen an leistungsfähige und fachkundige (geeignetes) Unternehmen zu vergeben. Details der Leistungserbringung sind den weiteren Vergabeunterlagen, insbesondere den Verträgen für die einzelnen Lose, der Vorhabenbeschreibung und den Leistungsbeschreibungen zu entnehmen.

Interne Kennung: 0002

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Amberg, Kreisfreie Stadt (DE231)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 12 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Es handelt sich um Planungsleistungen, die stufenweise abgerufen werden sollen. In der Vertragsstufe 2 sind die Leistungen der LPH 5 bis 9 gebündelt. Der Vertrag endet - sofern die Vertragsstufe 2 abgerufen wird - mit Abschluss der Leistungen in LPH 9.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Die Bewerber / Bieter verpflichten sich für den Zuschlagsfall, ihre Leistungen unter Beachtung der LkSG-Grundsatzerklärung des Auftraggebers zu erbringen.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit Abgabe des Teilnahmeantrages ist ein aktueller (nicht älter als 12 Monate vor dem Datum der EU-Bekanntmachung dieses

Vergabeverfahrens) Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister, der Nachweis einer vergleichbaren Eintragung vorzulegen. Sofern und soweit der Bewerber / Bieter nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist, hat derselbe dies in dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ zu erklären und einen alternativen Nachweis für die Erlaubnis zur Berufsausübung vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen einen bestimmten spezifischen Mindestjahresumsatz nachweisen: Bewerber / Bieter müssen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einen durchschnittlichen Jahresumsatz in Höhe von - Los 1: EUR 300.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild Objektplanung; - Los 2: EUR 75.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild der Technischen Ausrüstung gem, § 53 Abs. 2 Nr. 4 HOAI; - Los 3: EUR 325.000,00 (netto) im

Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild der Technischen Ausrüstung gem. § 53 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 3 HOAI nachweisen. Für die Ermittlung des durchschnittlichen Umsatzes werden die Umsätze aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren addiert und durch den Quotient 3 geteilt. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in bestimmter geeigneter Höhe nachweisen: Es ist eine Versicherung mit Deckungssummen von EUR 2.500.000,00 für Personenschäden sowie in Höhe von EUR 1.000.000,00 für Sach- und Vermögensschäden pro Schadensfall, maximiert auf das Zweifache pro Versicherungsjahr für den Zuschlagsfall und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber / Bieter müssen nachweisen, dass sie in der Vergangenheit in mindestens drei Fällen vergleichbare Leistungen erbracht haben. Von

vergleichbaren Leistungen ist auszugehen, wenn • die Referenzleistungen mindestens die Grundleistungen der Leistungsphasen 4 bis 8 gem. (nur für Los 1:) Anlage 10 zur HOAI / (für Los 2 und Los 3:) Anlage 15 zur HOAI erbracht wurden, • die Leistungen der Leistungsphase 8 innerhalb der letzten sieben Jahre vor dem Datum der Auftragsbekanntmachung abgenommen wurden und • die Referenzleistungen im laufenden Gebäudebetrieb erbracht wurden. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Supply-Chain-Management

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen sich dazu erklären, ob sie in den Anwendungsbereich des LkSG fallen und daraus erwachsende Pflichten vollständig erfüllen. Zudem haben sich die Bieter zur Einhaltung der Lieferkettenstandards gem. LkSG-Grundsatzerklärung des Auftraggebers zu verpflichten. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 24/06/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/06/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei. Die Nachforderungsmöglichkeiten des Auftraggebers richten sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Ausführungsbedingungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern bei der Regierung von Mittelfranken
Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Klinikum St. Marien Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Klinikum St. Marien Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

5.1. Los: LOT-0003

Titel: Los 3 - HLSK

Beschreibung: Der AG ist ein Krankenhaus der Versorgungsstufe II mit 535 Betten, 20 teilstationären Plätzen, 18 Fachabteilungen und vier Belegabteilungen. In den vernetzten medizinischen Zentren widmen sich Spezialisten der unterschiedlichen Fachrichtungen der Diagnostik und Behandlung von speziellen Krankheitsbildern (z.B. Tumor- und Gefäßerkrankungen). Im angegliederten Gesundheitszentrum St. Marien können sich Patienten ambulant behandeln und beraten lassen. Das differenzierte und hochspezialisierte Leistungsspektrum wird „unter einem Dach“ und in enger Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Klinikums und den niedergelassenen Ärzten der Region angeboten. Als akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Regensburg ist das Klinikum St. Marien Amberg aktiv in der medizinischen Ausbildung engagiert. Die Technikenebene im 3. Obergeschoss des Zentralbaus (D-Bau) wurde Anfang der 1990er Jahre errichtet und wird derzeit im Rahmen der mehrjährigen Baumaßnahme zur Erweiterung und Strukturverbesserung des zentralen OP-Bereichs umgebaut und erweitert. Die bestehende Kälteanlage mit einer bisherigen Gesamtkälteleistung von 1.260 kW besteht aus folgenden Komponenten: • Kältemaschine 1: Fabr. AKÜ, 320 kW Kälteleistung (Baujahr 1990) Ein Rückkühlwerk auf Flachdach über Zentral-OP (Baujahr 1990) • Kältemaschine 2: Fabr. Carrier, 620 kW Kälteleistung (seit 2016 in Betrieb) Zwei Rückkühlwerke auf Flachdach über Zentral-OP (seit 2016 in Betrieb) • Absorptionskältemaschine: 320 kW Kälteleistung Ein Rückkühlwerk auf Flachdach über Heizhaus In den Sommermonaten kann mit diesen Anlagen die notwendige Kühlleistung im Bestand nicht mehr sicher gewährleistet werden. Eine Erweiterung der Anlage ist daher für den Bestand zwingend erforderlich, zumal derzeit keinerlei Redundanz vorhanden ist. Die Rückkühlwerke stehen derzeit im Flachdachbereich der Ebene 3 bei Innenhof 3. Sie sind nicht Bestandteil der vorgenannten Baumaßnahme ZOP, weshalb die separate, öffentlich geförderte Kontingentmaßnahme initiiert wurde. Für den laufend steigenden Kühlleistungsbedarfs reicht diese Aufstellfläche nicht mehr für die Ergänzungs- und altersbedingten Ersatzbeschaffungen aus, sodass über der benachbarten Technikzentrale ein Stahlpodest auf dem flachgeneigten Satteldachbereich (Ebene 4) errichtet werden soll und die Rückkühlwerke dort installiert werden sollen. Die Maßnahme findet während des uneingeschränkten Regelbetriebs des Klinikums statt. Der Ersatz und Umschluss der Rückkühlwerke muss daher Schritt für Schritt erfolgen. Die Maßnahme zur

Erweiterung und Strukturverbesserung der zentralen Kälteanlage umfasst folgende bauliche und technische Maßnahmen: • Bau eines Stahlpodestes auf dem mittleren Dachabschnitt der bestehenden Technikräume des Zentral-OP-Bereichs • Austausch der Kältemaschine 1 (Fabr. AKÜ 320 kW) gegen eine Kältemaschine mit 630 kW Kälteleistung • Beschaffung und Einbau zweier neuer Rückkühlwerke mit insgesamt 830 kW Rückkühlleistung auf dem Stahlpodest einschließlich der Schaffung der notwendigen Anschlüsse (Rückkühlleistung und Elektroverkabelung) • Umsetzen der vorhanden beiden Rückkühlwerke vom Flachdach auf das neu zu schaffende Podest; einschließlich der Schaffung der notwendigen neuen Anschlüsse (Rückkühlleitungen und Elektroverkabelung) • Demontage des bestehenden Rückkühlwerks für Kältemaschine 1 • Die neue Kältemaschine 1 wird in diesem Zuge mit Kältemittel R515b ausgeführt, das den Anforderungen der AMEV Kälte 2017 entspricht. Hieraus ergeben sich in der Planung die nachfolgenden Forderungen für die haus-technischen Anlagen: Nachfolgende Forderungen für die haustechnischen Anlagen sind bei Leistungserbringung zu beachten: • Gewährleistung von betriebssicherer und wartungsfreundlicher Haustechnik durch ausreichende Zugänglichkeit an Anlagen und Bedienungselementen. • Die geplanten haustechnischen Anlagen entsprechen dem Stand der Technik und sind so gestaltet, dass sie aufgrund des technischen Fortschrittes bzw. bei Nutzungsänderungen den Entwicklungen angepasst werden können. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das Klinikum, die für das Vorhaben erforderlichen Planungsleistungen an leistungsfähige und fachkundige (geeignetes) Unternehmen zu vergeben. Details der Leistungserbringung sind den weiteren Vergabeunterlagen, insbesondere den Verträgen für die einzelnen Lose, der Vorhabenbeschreibung und den Leistungsbeschreibungen zu entnehmen.

Interne Kennung: 0003

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Amberg, Kreisfreie Stadt (DE231)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 12 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Es handelt sich um Planungsleistungen, die stufenweise abgerufen werden sollen. In der Vertragsstufe 2 sind die Leistungen der LPH 5 bis 9 gebündelt. Der Vertrag endet - sofern die Vertragsstufe 2 abgerufen wird - mit Abschluss der Leistungen in LPH 9.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Die Bewerber / Bieter verpflichten sich für den Zuschlagsfall, ihre Leistungen unter Beachtung der LkSG-Grundsatzerklärung des Auftraggebers zu erbringen.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit Abgabe des Teilnahmeantrages ist ein aktueller (nicht älter als 12 Monate vor dem Datum der EU-Bekanntmachung dieses

Vergabeverfahrens) Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister, der Nachweis einer vergleichbaren Eintragung vorzulegen. Sofern und soweit der Bewerber / Bieter nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist, hat derselbe dies in dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ zu erklären und einen alternativen Nachweis für die Erlaubnis zur Berufsausübung vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen einen bestimmten spezifischen Mindestjahresumsatz nachweisen: Bewerber / Bieter müssen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einen durchschnittlichen Jahresumsatz in Höhe von - Los 1: EUR 300.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild Objektplanung; - Los 2: EUR 75.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild der Technischen Ausrüstung gem. § 53 Abs. 2 Nr. 4 HOAI; - Los 3: EUR 325.000,00 (netto) im Bereich Planungsleistungen im Leistungsbild der Technischen Ausrüstung gem. § 53 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 3 HOAI nachweisen. Für die Ermittlung des durchschnittlichen Umsatzes werden die Umsätze aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren addiert und durch den Quotient 3 geteilt. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in bestimmter geeigneter Höhe nachweisen: Es ist eine Versicherung mit Deckungssummen von EUR 2.500.000,00 für Personenschäden sowie in Höhe von EUR 1.000.000,00 für Sach- und Vermögensschäden pro Schadensfall, maximiert auf das Zweifache pro Versicherungsjahr für den Zuschlagsfall und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber / Bieter müssen nachweisen, dass sie in der Vergangenheit in mindestens drei Fällen vergleichbare Leistungen erbracht haben. Von vergleichbaren Leistungen ist auszugehen, wenn • die Referenzleistungen mindestens die Grundleistungen der Leistungsphasen 4 bis 8 gem. (nur für Los 1:) Anlage 10 zur HOAI / (für Los 2 und Los 3:) Anlage 15 zur HOAI erbracht wurden, • die Leistungen der Leistungsphase 8 innerhalb der letzten sieben Jahre vor dem Datum der Auftragsbekanntmachung abgenommen wurden und • die Referenzleistungen im laufenden Gebäudebetrieb erbracht wurden. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Supply-Chain-Management

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber / Bieter müssen sich dazu erklären, ob sie in den Anwendungsbereich des LkSG fallen und daraus erwachsende Pflichten vollständig erfüllen. Zudem haben sich die Bieter zur Einhaltung der Lieferkettenstandards gem. LkSG-Grundsatzerklärung des Auftraggebers zu verpflichten. Zum Zwecke des vorläufigen Nachweises ist eine Eigenerklärung entsprechend des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung 2“ (oder eine EEE gem. § 48 Abs. 3 VgV oder eine Präqualifizierung gem. § 48 Abs. 8 VgV) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise für die Erfüllung des Kriteriums, wie im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung 2“ benannt, anzufordern. Im Fall einer Eignungsleihe sind kumulierte Angaben im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ aufzunehmen. Zusätzlich sind im Fall der Eignungsleihe ausgefüllte Formblätter „Verzeichnis NU und Eignungsleihe“ und „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer“ vorzulegen. Weiterhin sind für Eignungsverleiher ausgefüllte Formblätter „Eigenerklärung Eignung 1“ vorzulegen und auf gesonderte Anforderung der Nachweis über die Erfüllung der betreffenden Eignungskriterien durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ benannten Nachweise zu führen. Im Fall der Eignungsleihe betreffend die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist die Eignungsleihe nur unter Beachtung der ggf. anzuwendenden Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV möglich. Der Auftraggeber fordert im Fall der Eignungsleihe betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers / Bieters und des anderen Unternehmens (§ 47 Abs. 3 VgV).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 24/06 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/06/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei. Die Nachforderungsmöglichkeiten des Auftraggebers richten sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Ausführungsbedingungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern bei der Regierung von Mittelfranken

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf Einleitung eines

Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten

Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und

gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber

gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers,

einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Klinikum

St. Marien Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Klinikum St. Marien Anstalt des

öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Klinikum St. Marien Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Amberg

Registrierungsnummer: 13811
Postanschrift: Mariahilfbergweg 7
Stadt: Amberg
Postleitzahl: 92224
Land, Gliederung (NUTS): Amberg, Kreisfreie Stadt (DE231)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle2023@lexton.de
Telefon: +49 9621380

Internetadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>
Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern bei der Regierung von Mittelfranken
Registrierungsnummer: 8261bc78-e817-4ccd-b9b6-420686920330
Postanschrift: Promenade 27
Stadt: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 981530

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 962e1b5c-270b-45ee-bddf-741fb44a19f8 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/05/2026 08:36:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 329633-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 92/2026

Datum der Veröffentlichung: 13/05/2026